

Abschlussbericht

Über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder)

Am 15. 03. 1990 wurden die weiteren Aufgaben zur endgültigen Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit sowie zum Abarbeiten der Rechtsnachfolgeprobleme durch den Regierungsbeauftragten für den Bezirk Frankfurt (Oder) an den amtierenden Leiter des Bezirksarbeitsstabes mit Wirkung vom 19. 03. 1990 offiziell übergeben.

In den seit dem 06. 12. 1989 vergangenen dreieinhalb Monaten wurden das Bezirks- und die Kreisämter für Nationale Sicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder) personell und materiell-technisch aufgelöst sowie mehr als 500 Objekte der verschiedensten Art (überwiegend von zentralen Dienststeinheiten) aus der Rechtsträgerschaft bzw. Nutzung durch das AfNS herausgenommen.

Diese Aufgabe wurde im engen Zusammenwirken mit den Bürgerkomitees, dem "Runden Tisch" des Bezirkes sowie einzelner Kreise und den dabei mitwirkenden politischen Kräften sowie der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und bei guter Unterstützung durch die örtlichen Räte und die Staatsanwaltschaft erfüllt.

Positiv hervorzuheben ist auch die Unterstützung durch die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, die in enger Sicherheitspartnerschaft mit den beteiligten politischen Kräften für Besonnenheit und Ordnung sorgte.

Zusammenarbeit bestand auch mit der Militärstaatsanwaltschaft, der NVA, dem Zoll, den Grenztruppen sowie der Deutschen Post.

Die Auflösung wäre ohne die sachliche Unterstützung durch Mitarbeiter des ehemaligen BA nicht möglich gewesen.

Zur Führung aller Auflösungsaufgaben wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, in der neben Vertretern der kompetenten Staatsorgane das Bürgerkomitee zur Auflösung des ANS sowie Vertreter aller am "Runden Tisch" des Bezirkes mit Stimmrecht agierenden politischen Gruppierungen mitwirkten.

Die Beratungen wurden wöchentlich geführt und protokolliert.

Die gemeinsam festgelegten Schwerpunkte für die weiteren Arbeiten wurden in fünf Arbeitsgruppen (Objekte, Kader, Unterlagen, Sicherheitspartnerschaft sowie Organisation- und Befehlsstruktur Verflechtungen) umgesetzt.

Mit dem Bürgerkomitee bestand eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit.

Durch den Regierungsbeauftragten und die Leiterin des Bürgerkomitees wurden am 06. 02. 1990 und am 06. 03. 1990 ausführliche Zwischenberichte über den Stand der Auflösung des ANS im Bezirk Frankfurt (Oder) am "Runden Tisch" des Bezirkes gegeben und zu weiteren Sitzungen kurze mündliche Darlegungen vorgenommen. Damit wurden die Struktur und Arbeitsweise des ehemaligen ANS offengelegt.

Die Auflösungsstätigkeit wurde durch einen Vertreter der Bezirkszeitung "Neuer Tag" (neuer Name: Märkische Oderzeitung) verfolgt und in sachlich-objektiver sowie verantwortungsvoller Form veröffentlicht.

Probleme bei der zielgerichteten Auflösung nach dem 14. 12. 1990 ergaben sich sowohl aus der Unübersichtlichkeit dieses Organs, der im Bezirk konzentrierten Objekte (insbesondere auch militärische Schutzbauwerke) als auch durch eine teilweise konfuse zentrale Führung der Auflösungsprozesse von Anbeginn. Mit Etablierung* trat eine wesentliche Verbesserung der Leitungstätigkeit ein.

* des Komitees zur Auflösung des ANS

Zu einzelnen Schwerpunkten

1. Akten

Am 21. 03. 1990 konnte die Verlagerung des Archivs in das auf dem Gelände des Bezirksamtes befindliche Schutzbauwerk abgeschlossen werden.

Dazu war in der Endphase wegen Ausfalls des Fahrstuhls ein erheblicher zusätzlicher Aufwand notwendig, der auch zur eingetretenen Verzögerung beitrug.

Im Schutzbauwerk sind nunmehr eingelagert (wobei es sich bei den Zahlen um geschätzte handelt, die exakten Angaben können erst nach einer gründlichen Bestandsaufnahme erbracht werden):

- getrennt von übrigen Archiv- und Schriftgut ca. 5000 Gerichtsakten. Für Zeit laufen die Arbeiten der Staatsanwaltschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Bereitstellung der Gerichtsakten für Rehabilitierungsverfahren,
- ca. 2600 lfd. Meter Akten aus dem ehemaligen Archiv des Bezirksamtes,

- ca 1600 Säcke mit Akten bzw. anderem Schriftgut, Aufgrund eingetretener Bedingungen wurden auch Säcke unsortiert eingelagert sowie auch Säcke mit bereits nicht mehr leserlichem Inhalt, die eigentlich der Verkollerung zuzuführen waren.
- Entsprechend einer zentralen Weisung wurden auch Säcke mit Schriftgut der ehemaligen HA I/LSK/LV gesondert eingelagert.

Es wurden Maßnahmen eingeleitet, die den Schutz der eingelagerten Unterlagen in Zusammenarbeit von Staatsarchiv Potsdam, Aussendepot Frankfurt (Oder) und DVP gewährleisten.

Die bei der Sondierung der aus den ehemaligen Kreisdienststellen angelieferten Säcke angefallenen bereits zerrissenen Papiere, persönliche Aufzeichnungen, allgemeines Schulungsmaterial wurde der Verkollerung zugeführt.

Am 05. 03. 1990 wurden entsprechend dem zentralen Beschluß im Bezirksamt vorhandene 89 Disketten, die vormals personengebundene Daten aufgenommen hatten, im bereits gelöschten Zustand mechanisch vernichtet.

Darüber liegt ein Protokoll vor.

Zur Überführung von Waffen, Munition und Ausrüstung an die BDVP bzw. NVA, Zivilschutz

- Waffen und Munition der ehemaligen Kreisämter für Nationale Sicherheit wurden am 11. 12. 1989 und 12. 12. 1989 an die jeweiligen Kreisämter der VP übergeben.
- Waffen und Munition des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit wurden am 05. 01. 1990 und 06. 01. 1990 an die BDVP Frankfurt (Oder) bzw. z.T. an die Grenztruppen der DDR übergeben (Protokoll liegt vor).
Diese Maßnahmen liefen unter Kontrolle des Bürgerkomitees.
- Militärische Bekleidung und Ausrüstungen wurden übergeben an: WBK Frankfurt (Oder), NVA-Truppenteile, Zivilschutz (Schutzausrüstungen).

Zur Übergabe von Objekten und Bauwerken des ehemaligen Bezirksamtes sowie solcher ehemaliger zentraler Dienstseinheiten

Sämtliche vormals in Rechtsträgerschaft bzw. Nutzung durch das ehemalige BA stehenden Objekte aller Art wurden an neue Rechtsträger übergeben. Die neue Nutzung ist noch nicht in jedem Fall entschieden. Objekte, die sich in Verantwortung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit befanden, z.B.:

- 20 Dienstobjekte
- 9 technische Objekte
- 3 Schutzbauwerke (Briesen und Madlitz an NVA, Trepplin abgebaut, in ziviler Nutzung)
- ca. 440 Wohnungseinheiten an verschiedenen Standorten
- 37 konspirative Objekte
- 102 Wohnungen ohne Inhaber für konspirative Zwecke
- 7 Mehrzweck- bzw. Erholungsobjekte.

Aufwendige Klärungsprozesse, u.a. mit ehemaligen zentralen Dienst-einheiten sowie mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung (MNV), waren notwendig, um die zahlreichen Objekte und militärischen Schutzbauten von zentraler Bedeutung bzw. Führung auf dem Gebiet des Bezirkes Frankfurt (Oder) in neue Rechtsträgerschaften bzw. Nutzung zu überführen.

Diese Aufgaben wurden durch die Arbeitsgruppe Objekte des Rates des Bezirkes engagiert gelöst.

Die Arbeiten zum juristisch fixierten Rechtsträgerwechsel müssen nunmehr durch den Bezirksarbeitsstab weitergeführt werden, da bisher erst ca. 20 % juristisch fixierte Rechtsträgerwechsel vollzogen werden konnten.

Zur Übergabe von Kfz-Technik

Das ehemalige Bezirksamt Frankfurt (Oder) verfügte über 473 verschiedenartige Kfz. Davon wurden bis zum 19. 03. 1990 101 Fahrzeuge an bewaffnete Organe und 161 an den Rat des Bezirkes zur weiteren Verteilung übergeben.

Damit konnten bisher nur 55,4 % der Kfz-Technik übergeben werden, begründet insbesondere durch den Engpaß bei der Wertermittlung der einzelnen Fahrzeuge.

Auch auf Grund der entstandenen Situation auf dem Auto-Markt sollten insbesondere für die Typen Trabant und Wartburg vereinfachte Bestimmungen zentral herausgegeben werden, die einen schnellen Eigentümerwechsel ermöglichen und dem eingetretenen Wertverfall Rechnung tragen.

Probleme gab es wiederholt mit der zu den einzelnen Objekten gehörenden Kfz-Technik, die von den zentralen Objekten weggeholt wurde.

Zum Abbau und Vernichtung bzw. Wiederverwendung der Nachrichten- und Funktechnik

Diese Technik wurde mit Protokoll an die Volkspolizei bzw. NVA ausgebaut (Technik aus Schutzbau) oder die Deutsche Post übergeben. Spezifische Technik wurde ebenfalls durch die Deutsche Post abgebaut.

Zur Entlassung der ehemaligen Angehörigen des ANS


Mit Stand vom 23. 03. 1990 sind 99 % der ehemals 2213 Angehörigen entlassen, die restlichen werden bis zum 31. 03. 1990 folgen. Überwiegend konnten dank der engagierter Arbeiten der Ämter für Arbeit und der Arbeitsgruppe Kader neue Arbeitsstellen vermittelt werden. Dennoch traten und treten bei der Vermittlung z.T. erhebliche Probleme auf, insbesondere in der Berufsgruppe Lehrer/Erzieher.

Hier laufen Aktivitäten einzelner politischer Kräfte, bereits im Arbeitsrechtsverhältnis stehende Lehrer/Erzieher wieder aus dem Schuldienst zu entfernen.

Die Einstellung von Spezialisten bei der BDVP, bei den Grenztruppen und beim Zoll wurde in Übereinstimmung mit dem Bürgerkomitee vorgenommen. Kontrolliert wurde auch, daß sich keine neuen Konzentrationen ehemaliger Angehöriger des Amtes für Nationale Sicherheit in bestimmten Bereichen herausbilden.

Durch den Bezirksarbeitsstab in Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee noch zu lösende Aufgaben, u.a.:

- Unterstützung bei der Vermittlung der noch ohne neue Arbeitsrechtsverhältnisse verbliebenen ehemaligen Angehörigen (bzw. schnelle Bearbeitung der Anträge auf Arbeitslosengeld),
- in Zusammenarbeit mit den örtlichen Räten die schrittweise juristisch fixierte Überleitung der Rechtsträgerschaft für alle Objekte und die protokollarisch fixierten Übergaben/Verkäufe von Technik, Mobiliar und sonstigen Ausrüstungen,
- in Zusammenarbeit mit der Finanzrevision die Überprüfung der finanziellen Endabrechnung,
- die Herbeiführung der vollen Sicherheitsstufe des Archivs im Schutzbauwerk in Zusammenarbeit mit der BDVP und dem Staatsarchiv Potsdam.


Regierungsbeauftragter


zur Kenntnis genommen:

Leiterin Bürgerkomitee


(Fuchs)

Leiter des Bezirksarbeitsstabes


(Ammer)


23.3.90